

Frank Adler | Essay | 12.12.2024

Abschied von „Fortschritt“ und „Transformation“?

Kritische Anmerkungen zu einer zeitdiagnostischen Strömung

Bei meiner Analyse aktueller Zeitdiagnosen ist mir die Tendenz kritisch aufgefallen, eine drastische Reduktion von Zukunftserwartungen als unumgängliche realistische Korrektur des Fortschrittsverständnisses der westlichen Moderne zu postulieren. Damit möchte ich mich im Folgenden auseinandersetzen. Zunächst werde ich wichtige Argumente dieser Strömung knapp umreißen (1.), um dann einige analytische Befunde anzuführen, die ihnen Plausibilität verleihen (2.). Vor diesem Hintergrund werde ich zentrale Prämissen und Folgerungen der betreffenden Autoren hinterfragen und ihnen Argumente aus wachstumskritischer Sicht entgegensetzen (3.). Abschließend folgen ein knappes Fazit und der Versuch, die Kontroverse im zeitdiagnostischen Diskurs der Gegenwart zu verorten (4.).

1. Doppelter Abschied

Als nicht mehr zeitgemäß verabschiedet werden in einigen recht einflussreichen, zumeist wohlwollend rezensierten Publikationen gesellschaftliche Zukunfts- oder Gestaltungsziele, die auf ein kollektives „Besser“ im Vergleich zum „Jetzt“ hinauslaufen. Gemeint sind damit vor allem visionäre oder utopisch-emanzipatorische Ideen von Fortschritt, die im linken oder linksliberalen Spektrum populär sind, wie etwa mehr Chancen auf Selbstverwirklichung, soziale Gleichheit, Demokratie. Aber auch „kleinere“ Fortschritte, die noch vor wenigen Jahren als selbstverständlich galten und laut Modernisierungstheorie bald weltweit bestimmend sein sollten, wie zum Beispiel ein höherer Lebensstandard für die nachwachsenden Generationen, gelten als unrealistisch. An die Stelle solcher Gestaltungsziele treten im Geiste eines „nachdenklichen Realismus“¹ bescheidenere Ansprüche: Anpassung, Selbsterhaltung, Stabilisierung² oder Bewahrung des Erreichten, des erhaltenswerten Erbes.³ Angesichts multipler Krisen sei insbesondere „Resilienz“ relevant, also die Fähigkeit von Lebensformen und Institutionen, die Folgen negativer Ereignisse abzumildern.⁴ Dieses Leitbild existiert schon geraume Zeit als Alternative zu ambitionierten Nachhaltigkeitsvisionen und ist damit ein Vorbote der jetzigen Bescheidenheit.

Eng verknüpft mit solch reduzierten Inhalten von Fortschritt sind gedämpfte gesellschaftliche Gestaltungsansprüche. Herunterzuschrauben seien Erwartungen,

gesellschaftliche Prozesse und sozialen Wandel intentional gestalten zu können – sei es im Sinne der kritisierten Fortschrittsziele oder zur Bewältigung der Klimakrise. Artikuliert wird dies als Abkehr von seit den 2010er-Jahren einflussreichen Konzepten wie der Großen Transformation, der Gesellschafts- oder sozialökologischen Transformation, die seit dem WBGU-Gutachten von 2011⁵ hierzulande stark rezipiert wurden, und von radikaleren Ansätzen wie Postwachstum/Degrowth (PW/D). Dieser Abschied von Konzepten eines mehr oder weniger umfassenden gesellschaftlichen Umbaus wird mit ernüchternden oder enttäuschenden Erfahrungen mit Versuchen begründet, diese Ideen auch nur ansatzweise in politische Praxis zu übersetzen. Argumentiert wird auch (system-)theoretisch mit Verweis auf basale Eigenschaften moderner funktional differenzierter Gesellschaften, die in solchen gesamtgesellschaftlichen Transformationskonzepten verkannt würden und damit deren Scheitern vorprogrammierten. So betont Armin Nassehi, westliche moderne Gesellschaften hätten weder Zentrum noch Spitze, seien keine adressierbare Gemeinschaft und unter anderem deshalb nicht kollektiv, eben als Gesellschaft ansprechbar.⁶ Andere Autoren wie [Jens Beckert](#)⁷ und [Christoph Deutschmann](#)⁸ konzedieren zwar, dass Wachstumsimperativ und -zwänge strukturelle Ursachen vor allem von Ökokrisen sind. Aber sie seien nicht demokratisch zu überwinden, da die nötigen Reformen nicht mehrheitsfähig seien, zumindest nicht in dem für die Eindämmung der Erderwärmung und anderer planetarer Grenzüberschreitungen verfügbaren Zeitrahmen. Als praktikable Alternativen zu gesellschaftlichen Umbauplänen wird vorgeschlagen, sich auf das hier und heute Machbare zu beschränken, auf Maßnahmen also, die an Gegebenes andocken und evolutionär diffundieren können, wie öko-technologische Innovationen, „Grünes Wachstum“ und Anreize dafür. In Bezug auf das Klima sei es sinnvoller, sich auf konkrete Anpassungsmaßnahmen zu fokussieren, um damit auch Akzeptanz zu schaffen für spätere radikalere Interventionen für Klimaschutz durch verringerte Treibhausgasemission (THGE).⁹ Soweit die beiden Seiten einer neuen Bescheidenheit im Fortschrittsverständnis der westlichen Moderne.

2. Wandel gestalten? Enttäuschte Hoffnungen und unerwartete Hemmnisse

Ein wesentlicher Hintergrund solcher Thesen sind neue politisch-gesellschaftliche Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse. Sie offenbaren die verzwickten Widersprüche und beträchtlichen Hemmnisse von Transformationen und verleihen den Argumenten dieser Strömung durchaus Plausibilität. Ich möchte das am Beispiel der Klimakrise schlaglichtartig illustrieren.

Mit der anthropogen Erderwärmung und anderen ökologischen Krisen hat die Menschheit „dank“ des exorbitanten Naturverbrauchs einer Minderheit stabile, zivilisatorisch komfortable Bedingungen des Holozäns irreversibel beschädigt. Und zwar „wissentlich“: Das Phänomen und seine wesentlichen Ursachen sind seit Jahrzehnten bekannt und seine „Bearbeitung“ Gegenstand internationaler Abkommen. Ein wachsender Teil der verfügbaren Ressourcen wird auf Dauer in den Erhalt des Bestehenden, in Katastrophenschutz und Reparatur von Schäden fließen müssen. „Selbsterhaltung“ unter vergleichsweise ungünstigen und sich tendenziell verschlechternden (Umwelt-)Bedingungen und „Anpassung“ an die neuen Gegebenheiten scheinen deshalb die nunmehr realistischen Leitbilder für die Zukunft zu sein. Nach Claus Leggewie¹⁰ kommt deshalb Philipp Staab¹¹ das Verdienst zu, die sozialwissenschaftliche Reflexion auf das Erkenntnisniveau der Erdsystemforschung gehoben zu haben.

In der Tat wird eine pauschale Steigerung des materiellen Lebensstandards im Globalen Norden meines Erachtens unwahrscheinlicher und sie wäre global gesehen auch ungerechter. Aber ist damit schon festgelegt, was unter welchen Bedingungen produziert wird und wie Ressourcen *innergesellschaftlich* verteilt werden, zwischen Gruppen, zwischen privat und öffentlich? Darauf gibt es bekanntlich unterschiedliche, politisch umkämpfte Antworten. Auch schließt „Verknappung“ in unseren Breiten sozialen Fortschritt keineswegs per se aus, fordert aber Debatten darüber heraus, wie er und soziales Wohlergehen zu definieren sind.

Die Klimaerwärmung qua dekarbonisierender ökologischer Modernisierung durch Erneuerbare Energien (EE) im politisch verbindlichen 1,5 bis 2-Grad-Rahmen zu halten, ist aus vielerlei Gründen kaum möglich. Unter anderem verschärfen weltweit wachsende Bedarfe nach den für EE erforderlichen Ressourcen die globale Konkurrenz bei unsicheren Zugangswegen durch zunehmende geopolitische und -ökonomische Rivalitäten. Selbst wenn alle bisherigen international verbindlichen Zusagen zur THGE-Reduktion realisiert würden, steuert der Planet bis zum Ende des Jahrhunderts auf die 3-Grad-Grenze zu.¹² Beim Verfehlen von THGE-Reduktionszielen wird schon jetzt auf Technologien wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) sowie Geo-Engineering ausgewichen, die technologisch unausgereift, materiell sehr aufwendig und ökologisch höchst riskant sind, weshalb ihre Anwendung auf zivilgesellschaftlichen Widerstand stoßen wird.

Allerdings könnte „Anpassung“ an diese ungünstigen Umstände auch andersherum gedacht werden: Der Bedarf an Energie wird ökologisch gezielt, volkswirtschaftlich „planmäßig“, sozial gerecht, nach demokratisch fixierten Kriterien reduziert, indem weniger

Überflüssiges und ökologisch Schädliches produziert und konsumiert wird, beginnend beim Luxuskonsum der Superreichen. Das könnte einen Gewinn an Lebensqualität für alle bedeuten, ist aktuell aber nicht Gegenstand der politischen und öffentlichen Diskussion.

Oft unterschätzt wird das nach wie vor enorme ökonomische Gewicht und der politische Einfluss der fossilen Ökonomie,¹³ also der (globalen) fossilen Energiewirtschaft (insbesondere Gas und Öl) und der auf der Verbrennung/Nutzung fossiler Energieträger basierenden Industrien (Verbrenner-Pkw etc.). Das ermöglicht diesen Branchen, dekarbonisierende Politiken, Transformationen und Konversionen zu verhindern, zu verzögern, zu verwässern – Schlupflöcher wie die durch die FDP forcierten E-Fuels sind nur ein Beispiel. Sollen die Pariser Klimaziele erreicht werden, dürften nicht nur keine neuen Abbaugelände fossiler Brennstoffe erschlossen werden, es müssten auch ca. 40 % der weltweit bereits erschlossenen Lagerstätten unangetastet bleiben.¹⁴ Das sind Verluste in Billionenhöhe. Drei Prozent globales Wachstum erzeugen einen Energiehunger, der nicht allein durch EE gestillt werden kann. Gegenwärtig werden 87 % der weltweit gewonnenen Primärenergie aus fossilen Brennstoffen gewonnen.¹⁵ Deshalb setzen Konzerne und Staaten auf EE und Fossile. Die EE werden dabei „ins Schaufenster“ gestellt, während die schmutzige Förderung der Fossilen (z. B. die Förderung von Erdgas per Fracking in den USA) im Hintergrund bleibt.¹⁶ Politische Regulierungen, die Fossile verteuern, wie der Emissionshandel und die CO₂-Steuer, sind entweder nicht wirkmächtig genug oder so gestaltet, dass sie einkommensärmere Gruppen benachteiligen und ihre Proteste provozieren, wie die Gelbwestenbewegung in Frankreich 2017 f. ebenso gezeigt hat wie die deutschen Bauernproteste gegen die Kürzung der Subventionen für Agrardiesel. Aber diese Konflikte können nicht pauschal als grundsätzlicher „Widerstand“ gegen ökologisch transformative Politiken verstanden werden. Wären solche Maßnahmen Teil eines gerecht geschnürten und transparent vermittelten Gesamtpakets, in dem zuvörderst und nach dem Verursacherprinzip die Einkommens- und Vermögensspitzen belastet werden, würden sie vermutlich besser akzeptiert.

Für die ökonomischen Einbußen, die der von ökologischer Vernunft motivierte Nichtabbau von Fossilen bedeutet, müssten die Länder des Globalen Südens entschädigt werden, was bislang nur unzureichend erfolgt. Torpediert wird das Nichterschließen fossiler Energieträger im Globalen Süden auch durch Finanzmärkte und Rating-Agenturen. Sie können bewirken, dass solch klimapolitisch progressive Schritte die Kreditwürdigkeit von Ländern herabstufen und sie deshalb durch höhere Zinsen für Auslandskredite benachteiligt werden.¹⁷

Dazu kommt, dass die zeitliche Logik von Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung energische Interventionen für politische und ökonomische Akteure nicht sonderlich attraktiv macht.¹⁸ Investitionen in Klimaschutz sind zwar kostengünstiger als spätere Vermeidung und Beseitigung der Schäden. Aber die konkreten Kosten fallen *jetzt* an, während der soziale Nutzen diffuser ist und sich erst später realisiert, oft erst dann, wenn die heutigen Akteure nicht mehr in Verantwortung sind. Das ist einer der Gründe, weshalb sich politische Lorbeeren eher in anderen Bereichen verdienen lassen.

Die klimapolitische Temporalität wird auch in Abhängigkeit von der sozialen Lage unterschiedlich bewertet.¹⁹ Die die Klimabewegung prägende „Akademikerklasse“ begrüßt rasche, durchgreifende Schritte gegen die künftigen Folgen der Erderwärmung, die Arbeiterschaft hingegen fürchtet stärker akute finanzielle Verluste durch klimapolitische Maßnahmen. Was besser situierten Gruppen als zu langsam und zu wenig erscheint, ist anderen, die Belastungen weniger abpuffern können, zu schnell und zu viel.

Bisherige klimapolitische Transformationskonflikte haben ernüchternde Einsichten offenbart: Die auch hierzulande stärker spürbaren Symptome und Effekte der Klimakrise führen jenseits der aktivistischen Szene keineswegs per se zu einer stärkeren Befürwortung klimapolitischer Maßnahmen und einem entsprechend höheren politischen Druck. Stattdessen stellen sich Gewöhnungseffekte ein und die von Aktivist*innen proklamierte Dringlichkeit irritiert kaum die Normalität eines zunehmend stressigen Alltags in einer von diversen Krisen geschüttelten Welt. Zwar ist die Klimakrise im Problembewusstsein der Bevölkerung sehr präsent, aber mit den Klebe-Protesten der Letzten Generation hat der breite Zuspruch für die Klimabewegung abgenommen. Durch ihre Mobilisierungserfolge 2019 konnte sie klimapolitischen Zielen einen prominenten Platz auf der politischen Agenda erkämpfen, wie etwa der für 2038 beschlossene Kohleausstieg zeigt. Seit 2022 befindet sie sich in einer Abschwungphase,²⁰ was sicher nicht allein durch bestimmte Protestformen, sondern auch durch vielfältige „äußere“ Umstände bedingt ist. Zu ihnen gehören die Gleichzeitigkeit und Überlagerung mit anderen Krisen wie der Pandemie und dem russischen Angriff auf die Ukraine, die Inflation und finanzielle Nöte, die Klimapolitik der Ampel-Koalition und der rechtspopulistische Druck gegen „grün“ und „öko“. Dieser „Winter“ der Bewegung ist geprägt durch Reflexion, Evaluation, Regeneration in Vorbereitung auf eine mögliche neue Phase.²¹

Nur schwer zu politisieren ist offenkundig auch der skandalöse Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Klimakrise. Bekanntlich tragen die Reichen und Superreichen dieser Welt mit ihrem Konsum und ihren Investitionen mit Abstand am meisten zur

Erderwärmung bei.²² Sie zahlen aber den vergleichsweise kleinsten Preis dafür und können sich viel besser gegen Folgen schützen als diejenigen, die am wenigsten THGE verursachen. Aber daraus abgeleitete Forderungen nach steuerpolitischen Umverteilungen von oben/privat nach unten/öffentlich, wirken bislang kaum politisch mobilisierend. Gruppierungen, für die solche Rückverteilungen vorteilhaft wären, sehen nur geringe machtpolitische Chancen dafür oder bewerten zum Teil Reichtum meritokratisch als legitim.²³ Zudem ist es konservativen, markoliberalen und rechtsautoritären Gegnern sozialökologischer Transformationen in den letzten Jahren gelungen, Oben-Unten-Ungleichheiten und sozialen Frust umzulenken gegen „unten“ („Bürgergeldempfänger*innen“), „außen“ („Migrant*innen“) und „grün“ oder „kulturell fremd“. Die neuerdings vor allem von Mau et al. oft erwähnte „Veränderungsmüdigkeit“ ist auch eine Reaktion auf öko-politische Steuerungsversuche, die als ungerecht empfunden werden, weil sie bestimmte Gruppen überproportional belasten. Darüber hinaus beobachtet Philipp Staab bei Beschäftigten in systemrelevanten Infrastrukturen eine gewisse Sehnsucht nach einer „protektiven Technokratie“, die Selbsterhaltungsprobleme effizient, weil entpolitisiert, und digital assistiert löse.

Soweit einige Befunde, die für eine Skepsis in Bezug auf ein künftiges „Besser“ und die Durchsetzbarkeit progressiv transformierender Klimapolitiken sprechen. Dennoch stellt sich die Frage, ob die eingangs genannten weitreichenden, pessimistisch anmutenden Folgerungen wirklich zwingend und alternativlos sind? Ein genauerer Blick auf einige Argumentationen und ihre Prämissen wirft Zweifel auf.

3. Kritik und zweifelnde Fragen

Das von Nassehi präsentierte systemtheoretische Konzept der modernen Gesellschaft kennt hauptsächlich funktional differenzierte Bereiche oder Subsysteme, die nach je eigenen Logiken agieren und nur lose miteinander gekoppelt sind. Nassehi attestiert ihnen eine historisch beispiellose Effizienz bei der Bearbeitung bereichsspezifischer Probleme. In diesem Bild von Gesellschaft bleiben meines Erachtens jedoch für das Verständnis der ökologischen Krise und aktueller sozialökologischer Transformationskonflikte wesentliche Aspekte unterbelichtet. Das betrifft vor allem die Macht der Wirtschaft gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Bereichen sowie dem Staat und den Bürger*innen als Konsument*innen. Unter den jetzigen Verhältnissen hängen von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit die Stabilität der Unternehmen und die Sicherheit der Arbeitsplätze, aber auch das Steueraufkommen des Staates und der Kommunen, die Arbeits- und Transfereinkommen ab. Das verschafft Repräsentant*innen der Ökonomie das Potenzial,

etwa durch Standortverlagerungen beachtlichen Druck gegen politisch regulierende Interventionen zu machen, zumal auch die „Output-Legitimation“ von Politik auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit angewiesen ist. Über Markt- und Wettbewerbsprinzipien durchdringt das Ökonomische andere Lebensbereiche, prägt maßgeblich die gleichfalls wachstumsabhängige, kulturell verankerte „imperiale Lebensweise“ der Individuen hierzulande.

Positionen im System „Wirtschaft“ sind maßgeblich bestimmt durch Eigentums- und Machtverhältnisse, die die Interessen der ökonomischen Akteure prägen. Dieses Ungleichheitsgefüge bedingt die Reaktionen auf/Widerstände gegen Klimapolitiken sowohl der Kapitaleseite wie auch abhängig Beschäftigter und stellt die Grundlage dessen dar, was Nassehi pauschal als „systemische Trägheit“ bezeichnet.²⁴

Für Nassehi ist die Kapitalismuskritik mit dem von ihr unterstellten Konnex zwischen Klimakrise und (kapitalistischen) Produktionsverhältnissen auf der falschen Fährte. Zu problematisieren seien eher die Produktionsmittel, da es ja um die energetisch-technologische Basis gehe. Aber woher das starke Interesse an der Verlängerung der profitablen fossilen Phase, obwohl EE-Alternativen (die keineswegs durch ein autonom agierendes ökonomisches System „hervorinnoviert“ wurden) verfügbar sind? Hängt der Widerstand gegen strukturelle ökologische Konversionen nicht stark zusammen mit den spezifischen Kriterien der gepriesenen „Effizienz“ und „Rationalität“ und von ihnen geprägten kurzen Zeithorizonten und partikularen Interessen? Könnte deren struktureller ökologischer Blindheit und Kurzsicht nicht durch demokratische Formen von Vergesellschaftung und makroökonomischer Planung entgegengewirkt werden? Wäre das nicht zugleich ein legitimer Schritt hin zu der auch von Nassehi befürworteten stärkeren subsystemischen Kopplung? Und sind kapitalismustheoretische Ansätze wirklich so irrelevant, wie Nassehi konstatiert,²⁵ etwa für das Verständnis und die Bearbeitung der Öko-Krise?

Empfohlen werden statt Großer Transformation oder „großer Gesten“ kleine praktikable Schritte, lokale Aktivitäten etc. Aber: Jenseits von „groß“ oder „klein“ scheinen eher der ökologische Einfluss (Wird Naturverbrauch reduziert?) und vor allem der soziale Kontext entscheidend für die Wirksamkeit von Maßnahmen zu sein. Auch scheinbar kleine Forderungen wie das Tempolimit oder die erwähnte Spritpreiserhöhung Macrons können, obwohl ökologisch durchaus begründet, bekanntlich auf erheblichen politisch instrumentalisierbaren Widerstand stoßen, wenn sie aus Sicht der Betroffenen im sozialen Vergleich als ungerecht empfunden werden; zumal wenn sie von sozial-kulturell als fremd

oder elitär empfundenen Kräften ausgehen.

Beckert und Deutschmann raten zudem, dass Neues in der Lage sein sollte, an Gewohntes anzudocken, um sich bewähren und diffundieren zu können. Das erfordert aber meines Erachtens zugleich die politische Modifikation der selektiv wirkenden Wettbewerbsbedingungen und Effizienzkriterien im Sinne des zu fördernden Neuen. Darüber hinaus wird die Konzentration auf technologische Dekarbonisierung stark gemacht, was jedoch ohne gezielte sozialökologische Reduktion des Gesamtbedarfs an Energie/Ressourcen (siehe oben) wenig effizient ist und zu Lasten anderer ökologischer Ziele, zum Beispiel der Biodiversität, ginge. Zudem befürworten Beckert und Deutschmann eine politische Akzentverschiebung von Klimaschutz per THGE-Reduktion hin zu *Anpassungen* an die irreversible Erderwärmung,²⁶ weil dies mehr Akzeptanz für Klimapolitik verheiße und die Erfolge solcher Maßnahmen vor Ort spürbar seien (etwa durch größere Sicherheit bei Extremwetter). Davon profitiert allerdings – entgegen dem Verursacherprinzip – vorrangig der Globale Norden. Aber jedes Zehntel Grad Erwärmung, das durch Klimaschutz vermieden wird, lindert Leid im Globalen Süden.

Postwachstum als Perspektive?

PW/D ist für Beckert, Deutschmann und Nassehi kein praktikables Konzept,²⁷ kein Weg oder ein substanzieller Beitrag zur Bewältigung der Klima- und Öko-Krise. Ihre grundsätzliche Kritik begründen sie mit den Zielen und Inhalten, die sie PW/D zuschreiben. Das Konzept wird weitgehend identifiziert mit einem rezessionsähnlichen Schrumpfen der Wirtschaft beziehungsweise einem pauschalen politischen Wachstumsstopp.²⁸ Die Industrie solle auf Produktion zurückgefahren werden, die auf Subsistenz zielt.²⁹ Ein solcher „Wachstumsverzicht“ sei kontraproduktiv für die klimapolitisch dringlich anstehende Dekarbonisierung von Produktion und Konsum, die ja umfängliche Investitionen und damit Wachstum der Wirtschaft erfordere.³⁰ Wirtschaftswachstum und Konsum zu beschränken, sei zudem mit den Strukturen der kapitalistischen Moderne unvereinbar. Der Wandel zu einer Postwachstumsgesellschaft mit schrumpfender Wirtschaft laufe deshalb auf eine Überwindung des Kapitalismus, einen fundamentalen Systemwechsel hinaus. Dabei bleibe völlig offen, wie ein solcher Übergang zu *und* gesellschaftliche Stabilität mit einer schrumpfenden Wirtschaft³¹ zu bewerkstelligen seien. Angesichts der sich verschärfenden Klimakrise fehle für einen solch fundamentalen Umbau und für langwierige Kämpfe schlichtweg die Zeit.³² Es sei nicht möglich, zunächst die Gesellschaftsordnung auszutauschen und dann erst die Ursachen der ökologischen Krise zu bekämpfen.³³ Außerdem werde für eine umfassende Dekarbonisierung dringend

jene „dezentrale unternehmerische Intelligenz“ benötigt, die allein der Kapitalismus hervorgebracht habe. Und schließlich bedeute ein Wachstumsstopp einen Verzicht auf wirtschaftliche Entwicklung im Globalen Süden und sei somit für Entwicklungs- und Schwellenländer völlig inakzeptabel. Deutschmanns Fazit: Als politisches Konzept sei PW/D untauglich. Allerdings weise der globalwirtschaftliche Trend zu sinkenden Wachstumsraten empirisch in Richtung Null-Wachstum, weshalb dann in einigen Jahrzehnten über grundsätzliche gesellschaftliche Alternativen nachzudenken sei.³⁴

Selbst wenn es ökologisch wünschenswert ist, den kapitalistischen Wachstumsimperativ zu überwinden – was zumindest Beckert konstatiert³⁵ – so wäre dies politisch nicht durchsetzbar. Wenn schon kleinere klimapolitisch begründete Veränderungen auf erheblichen Widerstand in der Bevölkerung stoßen – wie sollten dann Mehrheiten für fundamentale Transformationen gewonnen werden? Außerdem ließe ein politisch verordnetes Schrumpfen Verteilungskonflikte eskalieren,³⁶ die jetzt durch die Aussicht auf verteilbare Wachstums-Wohlstandsgewinne halbwegs befriedet werden könnten. Begriffe, die den Übergang zu einer Postwachstumsökonomie oder Postwachstumsgesellschaft als einen plötzlichen disruptiv-revolutionären Vorgang³⁷ erscheinen lassen, verstärken den Eindruck, dass er „eigentlich“ praktisch unmöglich sei. Die Rede ist von „Sturz“ beziehungsweise vom „Abschaffen“ des Kapitalismus³⁸ oder von einer „Vollbremsung“.³⁹ Außerdem habe sich mittlerweile erwiesen, dass öko-moralische Verzichtsappelle ungeeignet seien, die herrschenden Strukturen, Gewohnheiten, Lebensstile zu verändern und sie eher zu kulturellen Spaltungen führen – so etwa Nassehi,⁴⁰ polemisch an Niko Paech⁴¹ adressiert.

Nicht wenige dieser Einwände sind aus einer PW/D-Perspektive durchaus zustimmungsfähig, denn sie „treffen“ nicht dieses Konzept, sondern kritisieren Vorstellungen der Autoren von PW/D, die jedoch Kernthesen dieses Ansatzes verfehlen. Da diese Zuschreibungen nicht nur von den genannten Autoren kolportiert werden, sondern zu den häufigsten Fehldeutungen von PW/D gehören, folgen zunächst einige klärende Anmerkungen zu PW/D, die anderenorts⁴² ausführlicher dargelegt und begründet werden.

So zielt Degrowth – speziell in seinem ökologisch begründeten Strang – nicht auf eine BIP-Reduktion, sondern primär auf eine Verringerung des globalen „Naturverbrauchs“,⁴³ um diesen möglichst rasch und gerecht in planetare Grenzen zurückzuführen und dabei die Lebensqualität von Mehrheiten zu verbessern. Diese Reduktion betrifft vor allem die frühindustrialisierten Länder wegen ihrer hohen aktuellen und historisch akkumulierten Ressourcenverbräuche und THGE. Sie bezieht sich ausdrücklich nicht auf sogenannte

Entwicklungsländer des Globalen Südens. Im Gegenteil, Einschränkungen im Globalen Norden sollen ökologische Spielräume für deren ökonomische Entwicklung erweitern, zumal der „ökologische Fußabdruck“ (pro Person) in diesen Ländern oft weit unter dem ihnen fairerweise global zustehenden Anteil liegt. In diesem Sinne gehören auch Schuldenerlasse, ökologische Reparationen, sozialökologisch regulierte globale Lieferketten zu Kernforderungen von PW/D-Protagonist*innen.

Investitionen in eine umfassende Dekarbonisierung, in die sozialökologische Konversion von Branchen oder in den Ausbau ökoeffizienter öffentlicher Dienstleistungen und in andere Prozesse sozialökologischen Strukturwandels führen zu wirtschaftlichem Wachstum und einem höheren Anteil entsprechender Unternehmen und Branchen an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung. Dieses Wachstum steht nicht im Widerspruch zum Anliegen von PW/D. Denn der damit verknüpfte Naturverbrauch wird (über-)kompensiert durch eine demokratisch abgewogene, sozial verträgliche Reduktion oder Abwicklung von Produktionen, Dienstleistungen, Konsumformen, die als gesellschaftlich weniger wichtig oder kaum ökologisierungsfähig bewertet werden. Es geht also nicht um eine formale Abkehr von jeglichem Wachstum und eine pauschale Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von Volkswirtschaften, schon gar nicht zurück auf einen vorindustriellen Zustand.

Aber auch sozialökologisch gezielte „planmäßige“ Reduktionen hätten ein schrumpfendes BIP zur Folge, was unter den gegenwärtigen Bedingungen einer wachstumsabhängigen Stabilität von Wirtschaft und Sozialsystemen zu krisenhafter Rezession führen würde. Das BIP-Wachstum korreliert in den sogenannten reichen Ländern jedoch schon seit den 1980er-Jahren nicht mehr mit einem Zuwachs an Lebensqualität und verbesserten Lebensbedingungen; eher ist das Gegenteil der Fall, stellt man die zeitlich und räumlich externalisierten sozialen und ökologischen Kosten in Rechnung.⁴⁴ Insofern ist der immer noch oft beschworene Zusammenhang von Wachstum und Wohlstand ein Phantasma. Aber er existiert nach wie vor als massenwirksam verinnerlichtes Damoklesschwert: Bei längerfristig ausbleibendem „ausreichenden“ Wachstum drohen soziale Verluste und demokratiegefährdende politische Konflikte. Strukturell zu überwinden sind aus einer PW/D-Perspektive deshalb mit den Wachstumsabhängigkeiten und -zwängen auch die Dominanz von BIP-Wachstum als politisches Ziel, Steuerungsgröße und Indikator für wirtschaftlichen Erfolg. Das ist eine zentrale wissenschaftliche und praktisch-politische Herausforderung eines Übergangs zu einer Postwachstumsgesellschaft und für die Gestaltung ihrer Produktions-, Regulations- und Lebensweise.

Inwiefern sind dabei Strukturmerkmale moderner kapitalistischer Gesellschaften, wie

private Verfügungsrechte über Mittel der gesellschaftlichen Reproduktion, die Dominanz marktförmiger Vergesellschaftung und Konkurrenz, Profit und Wachstum als bestimmende Regulative sowie ein instrumentelles Verhältnis zur Natur als eine auszubeutende Ressource und Abfallsenke, zu ersetzen, einzudämmen, zu ergänzen oder umzugestalten, um tatsächlich ökologischer Nachhaltigkeit und sozialem Wohlergehen Vorrang einzuräumen? Das wird von Befürworter*innen von PW/D intensiv debattiert. Hier können nur einige der vieldiskutierten transformativen Politikvorschläge stichpunktartig benannt werden, die den Übergang zu einer solchen Produktions-, Regulations- und Lebensweise ebnen könnten: eine Dekommodifizierung der Grundversorgung und Stärkung der auf basale Bedürfnisse ausgerichteten „Foundational Economy“ (Gesundheit, Wohnen, Bildung, Mobilität etc.); demokratisch fixierte sozialökologisch nachhaltige „Konsum-Korridore“; sinkende Obergrenzen für Ressourcennutzung und Emissionen; Arbeitszeitverkürzungen (mit Lohnausgleich insbesondere in unteren Einkommensgruppen); gezieltes Herunterfahren von Branchen, Produktionen, ökonomischen Aktivitäten, die in demokratisch legitimierten Abwägungsprozessen als unnötig oder schädlich bewertet werden (z. B. elitärer Statuskonsum, Privatjets, Fast Fashion, Werbung, renditegetriebene Finanzdienstleistungen), verbunden mit gerechten Übergängen aus schrumpfenden Bereichen vorzugsweise in „grüne“ Jobs; Moratorien für nicht zukunftsfähige Großprojekte (z. B. Autobahnen, Flugplätze, erweiterte Rüstungsproduktion); der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, das Unterbinden kalkulierter Obsoleszenz und die Förderung sozialer und technischer Innovationen für längere Lebens- und Nutzungsdauer von Gebrauchsgütern; Obergrenzen für Maximaleinkommen; die Unterstützung nicht profitorientierter Unternehmensformen; erweiterte Möglichkeiten für die demokratische Mitwirkung „außerökonomischer“ Akteure an (sozial-)ökonomischen Grundsatzentscheidungen und entsprechenden Planungen (z. B. im Rahmen thematisch fokussierter Bürgerräte); gerechte Verteilung von Kosten und Lasten des sozialökologischen Umbaus nach dem Verursacherprinzip, unter anderem durch höhere Steuern für die höchsten Einkommens- und Vermögensgruppen.⁴⁵

Diese Beispiele verdeutlichen, dass es sich bei den PW/D-Transformationsstrategien typischerweise um „nicht-reformistische Reformen“⁴⁶ handelt, also um strukturelle Veränderungen, die bereits im Rahmen der jetzigen Basisinstitutionen prinzipiell durchsetzbar sind. Solche Bausteine verbinden Soziales und Ökologisches und sind geeignet, sie in eine systemverändernde Perspektive zu integrieren – und zwar zeitgleich, nicht nach dem Motto: „Erst den Kapitalismus überwinden, um dann die Klimakrise anzugehen“. Sie repräsentieren Forderungen, die nicht per se disruptiv oder revolutionär sind und die auch zum Teil bereits von anderen Akteuren wie Gewerkschaften, großen

NGOs wie etwa der BUND, sozialen Bewegungen und lokalen Initiativen stark gemacht werden. Sie „docken“ an Bestehendes an, wie von Nassehi etc. empfohlen, adressieren jedoch speziell solche Akteure, Konfliktfelder, Experimente, Kommunen, Gemeinschaften und Unternehmen, die zu einer sozialökologischen Richtungsänderung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess und im Stoffwechsel mit der Natur beitragen können. Dies erfolgt auch nicht unbedingt alternativ oder konfrontativ zu systemkonformen Wegen der Krisenbearbeitung. Wird zum Beispiel der Energiebedarf durch eine Abwicklung von sozial und ökologisch als überflüssig oder schädlich bewerteten Produktionen verringert, so kann dies ergänzend dazu beitragen, THGE-Reduktionsziele zu erreichen, die allein durch öko-technologische Dekarbonisierung unrealistisch sind.

Dennoch ist ein solch tiefgreifender Wandel ein schwieriges und langwieriges Unterfangen. Er hat mit erheblichen Widerständen zu rechnen – sowohl seitens mächtiger Interessengruppen als auch durch Gewohnheiten, Trägheit oder schiere Kurzsichtigkeit. Veränderungsängste und Misstrauen gegenüber „den Politikern“ und kulturell fremd anmutenden Eliten und Milieus sind auch von jenen zu erwarten, deren Lage sich durch sozialökologisch reduktive Transformationen verbessern würde. Ob ein solcher transformativer Wandel gelingen kann, bleibt deshalb offen. Auch bedarf noch so manches Problem genauer wissenschaftlicher Analyse, um eine Postwachstumsgesellschaft und -ökonomie als reale Möglichkeit plastisch vorstellbar kommunizieren zu können: Wie könnte – in kritischer Reflexion historischer Erfahrungen, aktueller Debatten und digitaler Möglichkeiten – eine demokratische ökonomische Planung im PW-Kontext aussehen?⁴⁷ Wie kann der Übergang zu PW/D einer Gruppe von Ländern in einer von geopolitischen und systemischen Rivalitäten gespaltenen Welt gelingen?⁴⁸ Wie können einklagbare Rechte verschiedener Generationen und der Natur gegenüber destruktiven Tendenzen und Konsequenzen einer Wachstumswirtschaft gestärkt werden?

Aber vielleicht sollten wir doch – angesichts der Komplexität und Schwierigkeiten eines intendierten gesellschaftlichen Wandels in Richtung PW/D – den Rat von Armin Nassehi ernst nehmen und nicht an den Produktionsverhältnissen, sondern an Produktionsmitteln und Technologien ansetzen, um in einem sich „schnell schließenden Zeitfenster“⁴⁹ der drohenden Klima-Katastrophe praktisch etwas entgegenzusetzen?

Mit öko-technologischen Innovationen zu Klimaneutralität und „grünem Wachstum“?

Die Beziehung zwischen Naturverbrauch und der als BIP gemessenen volkswirtschaftlichen Wertschöpfung ist nicht linear. Auf verschiedenen Wegen kann sie öko-effizienter gestaltet

werden, insbesondere durch wissenschaftlich-technische Innovationen und entsprechende Anreize. Sofern industriell vernutzte Naturressourcen und dadurch induzierte Umweltbelastungen als relevante Kosten im ökonomischen Rentabilitätskalkül erscheinen, gibt es durchaus ein ökonomisches Interesse, sie zu verringern. In der Tat sind Tendenzen einer solchen „relativen Entkopplung“ des Energie- beziehungsweise Materialverbrauchs und der THGE vom BIP-Wachstum für die frühindustrialisierten „reichen Länder“ nachweisbar. Allerdings konnte ein für das Erreichen der Klimaziele notwendiges Tempo des Rückgangs von THGE bisher nur in ökonomischen Krisen, also bei sinkendem oder negativem Wachstum registriert werden, etwa im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 oder während der Corona-Krise, gewissermaßen als „Degrowth by disaster“ (Peter A. Victor).⁵⁰ Aber es gibt keinen empirischen Beleg dafür, dass diese Entkopplung unter „normalen“ Bedingungen, also bei fortgesetztem globalen Wachstum von jährlich zwei bis drei Prozent, stattfinden könne. Eine absolute Entkopplung, also eine Reduktion von THGE und des Ressourcenverbrauchs nicht nur in Relation zum BIP-Wachstum, sondern in absoluten Zahlen und in einem Tempo, bei dem das 1,5 bis 2 Grad-Ziel eingehalten wird und andere planetare Grenzen nicht (noch stärker) gefährdet werden, ist nicht in Sicht.⁵¹ Denn eine suffizienzorientierte Reduktion etwa des Energiebedarfs beziehungsweise der wirtschaftlichen Aktivitäten im Sinne von PW/D ist nicht vorgesehen, auch nicht im Fall des Verfehlens der Klimaziele. Eine solche Idee liegt jenseits der Vorstellungswelt auch des Mainstreams der Klimawissenschaften.

Dieser Optimismus stützt sich maßgeblich auf ein tiefes Vertrauen in die Problemlösungskraft wissenschaftlich-technischer Innovationen. Als Vorbild gefeiert werden relativ „leichte Fälle“, wie der Stopp einer Vergrößerung des Ozonlochs durch das Verbot und die Substitution von FCKWs im Abkommen von Montreal oder der erfolgreiche Kampf gegen das sogenannte Waldsterben in den 1980 und 1990er-Jahren. Aber wie realistisch ist es, die komplexe Klimakrise nach dem gleichen Schema, also in diesem Fall primär durch eine öko-technologische Dekarbonisierung der Produktions- und Konsumtionsweise erfolgreich einzudämmen, und zwar bei fortgesetztem Wachstum? Neben den bereits erwähnten Problemen gibt es dafür weitere gravierende Hindernisse.

Bezweifelt wird, ob die nötige Menge an EE, insbesondere an grünem Wasserstoff, und der dafür erforderlichen, einigermaßen sicher verfügbaren grünen Primärenergie (in Deutschland sind dies vor allem Wind- und Solarstrom) für eine wachsende Weltwirtschaft auf Dauer gesichert und im klimapolitisch erforderlichen Zeitrahmen vorhanden ist und ob sie tatsächlich so billig ist, wie oftmals behauptet, weil uns „Wind und Sonne keine Rechnung schicken“.⁵² Auch der Zugang zu Rohstoffen und Materialien (Kupfer, Kobalt,

Graphit, Lithium, Seltene Erden etc.), die für den Ausbau einer dekarbonisierenden Infrastruktur (Windräder, Solaranlagen, Elektrolyseure, Batterien, Pipelines etc.) erforderlich sind, wird unsicherer. Das hängt unter anderem mit dem enormen Bedarf zusammen, in wenigen Jahrzehnten eine wachsende Weltwirtschaft zu dekarbonisieren, was Nachfrage und Konkurrenz anheizt. Erschwert wird der Handel mit solchen industrie- und klimapolitisch wichtigen Gütern auch durch die zunehmenden geopolitischen und geoökonomischen Spannungen, durch Kriege und Blockbildungen.⁵³ Deutschland und die EU streben für 2045 Netto-Null THGE an, das heißt klimaschädliche Emissionen dürfen nur noch so hoch sein, wie CO₂ aus der Atmosphäre entnommen wird. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist bereits vor dem Hintergrund der aktuellen Zwischenergebnisse höchst ungewiss.

Als Problemfall gilt vor allem der Umgang mit den sogenannten nicht oder schwer durch EE vermeidbaren Emissionen, insbesondere den Methanemissionen aus der Landwirtschaft und Prozessemissionen aus der Zement- und Stahlproduktion. Praktisch möglich und aus einer PW/D-Perspektive naheliegend wäre es, diese Emissionen unter anderem durch eine stärkere Reduktion bei den bereits erwähnten vergleichsweise weniger wichtigen beziehungsweise ökologisch schädlicheren ökonomischen Aktivitäten auszugleichen. Das wird aber politisch nicht in Betracht gezogen. Die Langfriststrategie der Bundesregierung „Negativemissionen zum Umgang mit unvermeidbaren Restemissionen“ sieht hingegen ökologisch umstrittene technische Lösungen vor. Ihr wesentliches Element ist das Einfangen und Speichern von CO₂. Das sollte hierzulande bereits in den 2000er-Jahren praktiziert werden, damals als unterirdisches Verpressen von CO₂ aus der fossilen Energieerzeugung, scheiterte jedoch am massiven Widerstand von Klimabewegten und potenziell betroffenen Landeigentümern.

Diese Situation hat sich zwischenzeitlich verändert: Das sogenannte Rest-CO₂ soll zum Teil industriell genutzt oder in Deutschland offshore in der Nordsee verpresst werden. Eine solche Technologie erscheint manchen mittlerweile nicht nur akzeptabel, sondern gar geboten, nicht zuletzt aufgrund der auch in unseren Gefilden immer stärker spürbaren Symptome und Folgen der Erderwärmung. Auch die maßgeblich durch die Klimakrise mitverursachte tendenziell sinkende CO₂-Aufnahmekapazität von Ökosystemen wird zum offensichtlichen Problem. So ist der deutsche Wald nach dem jüngsten Waldzustandsbericht⁵⁴ von einer Senke zum Emittenten geworden ist. Doch nicht nur der Kreis der CCS-Befürworter*innen hat sich erweitert, auch der Druck vonseiten der unmittelbar davon profitierenden Industrien mit sogenannten Restemissionen (Zement, Stahl, Chemie) ist immens. Und auch Pipeline-Betreiber und die Öl- und Gasindustrie erhoffen sich Zugang zu CCS-Infrastrukturen. CCS ist deshalb nicht nur für Ökosysteme am

Meeresboden riskant. Der Konflikt um diese umstrittene Technologie dreht sich nun um die Frage, wie weit oder eng die „Unvermeidbarkeit“ von Restemissionen definiert wird und welche Industrien Zugang erhalten. Befürchtet wird, dass durch die Etablierung von CCS als Ausweichmöglichkeit fossile Produktionsmuster fortgeschrieben werden und der zivilgesellschaftliche politische Druck auf die *Reduktion* von THGE generell ausgebremst wird. Deshalb lehnen große Umweltverbände (BUND, Greenpeace) diese Technologie ab.⁵⁵ Ihre Anwendung wäre keineswegs unvermeidlich, klammerte man sich nicht sklavisches an den Wachstumsimperativ und zöge sozialökologisch reduzierte und transformierte industrielle Kerne⁵⁶ oder relevante Reduktionen in anderen Bereichen stärker in Betracht.

Noch weitaus monströser und unkalkulierbarer nicht nur in ihren ökologischen Auswirkungen sind technologische „Lösungen“, die als „Geo-Engineering“ firmieren. Für die wachstumsbedingt wahrscheinliche Situation, dass bis 2050 die angestrebte Klimaneutralität global nicht erreicht wird und eine „Heißzeit“ droht, wird unter diesem Stichwort ernsthaft erwogen, die Sonneneinstrahlung auf die Erde mit gigantischen Sonnensegeln zu blockieren, Aerosole in die Stratosphäre zu injizieren oder die Chemie der Ozeane zu verändern.⁵⁷

Stärker werden Atomkraftwerke als „klimaneutrale“ Energiequellen in öffentlichen Debatten und durch die Aufnahme in die EU-Taxonomie als „klimafreundliche“ Technologie legitimiert. Dies ungeachtet der nach wie vor ungelösten Probleme mit ihren strahlenden Hinterlassenschaften, den unsicherer werdenden Standort- und Betriebsbedingungen durch die Klimakrise (z.B. die Verfügbarkeit von Kühlwasser) und die Gefahr militärischer Konflikte. Ignoriert wird vor allem die Tatsache, dass Atomkraftwerke aufgrund der erforderlichen Genehmigungsfristen und Bauzeiten in den entscheidenden nächsten zwei Jahrzehnten ohnehin wenig zur Reduktion von THGE beitragen können. Aber auch darauf stellt man sich ein. Erst kürzlich hat Google verkündet, für den immensen Energiebedarf seiner KI-Technologien „kleine“ Atomkraftwerke zu nutzen, die ab 2030 betriebsfähig sein sollen.⁵⁸

Den dystopischen Gipfel der Techno-Phantasien erreicht jedoch Elon Musk mit seinen Mars-Besiedlungsplänen. Damit solle vorgesorgt werden für den Fall, dass, wie einst beim Aussterben der Dinosaurier, „auf der Erde etwas schief läuft“ (O-Ton Musk) und sie unbewohnbar wird – sei es durch eine kosmische Katastrophe oder das Erlöschen der Sonne in ca. 4,5 Mrd. Jahren. Wir sollten vorsorglich eine „Multi-Planeten-Spezies“ werden und das Leben auf den Mars oder gar über das Sonnensystem hinaus bringen. Bis 2050 will Musk auf dem Mars eine Kolonie für eine Million Bewohner geschaffen haben. Was Musk

nicht ausspricht: Damit wäre auch ein Ersatz imaginiert für eine durch anthropogene Öko-Katastrophen oder Kriege lebensfeindlich gemachte Erde – aber leider nur für eine Elite. Diese kann ab 2029 schon mal für 100.000 Dollar Marsflüge trainieren, natürlich öko-korrekt mit wiederverwendbaren Raketen und Raumkapseln.⁵⁹ Während die neuere naturwissenschaftliche Forschung zeigt, wie unablässig das menschliche Leben an irdische Bedingungen geknüpft ist,⁶⁰ entwirft Musk das Bild von einer Flucht aus der Biosphäre auf einen lebensfeindlichen Planeten mit einer extrem sauerstoffarmen Atmosphäre, minus 62 Grad Celsius Durchschnittstemperatur und ohne schützendes Magnetfeld.⁶¹

Grenzen öko-modernisierender Ansätze

Diese technischen „Lösungsangebote“ haben wesentliche Gemeinsamkeiten: Sie suggerieren nahe oder ferne Problemlösungen, die oft technisch und ökonomisch (gelinde ausgedrückt) unausgereift sind, vor allem im volkswirtschaftlichen oder globalen Maßstab. Sie erfordern zumeist enorme Ressourcen und materielle Aufwendungen mit einem entsprechend großen ökologischen Fußabdruck (das gilt zum Teil auch für die gigantischen technischen Green New Deal-Projekte in den USA und der EU). Ihre ökologischen und sozialen „Nebenwirkungen“ sind oft höchst riskant und die gesellschaftspolitischen und globalen Regelungen, die für ihre Einhegung nötig wären, sind weder gegeben noch absehbar. Somit wird die typische „Lösungsstrategie“, also Risikoverlagerung per sozial-räumlich-zeitlicher Externalisierung, fortgesetzt. Technische Lösungen für ökologische Krisen werden präsentiert, ohne sozioökonomische Strukturen (Wachstumsimperative und -abhängigkeiten, soziale Ungleichheiten) oder Lebensformen mit nicht nachhaltigen Naturbelastungen verändern zu müssen. Im Gegenteil wird suggeriert, nur mittels derlei Maßnahmen könnten „unser Wohlstand“ und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Industriestandort gesichert werden. Einige dieser Technologien, wie etwa CCS, waren zwar von ihren Erfindern ursprünglich als „Notbremse“ gedacht, vermitteln inzwischen aber ein beschwichtigend illusionäres Zukunftsbild. Nicht ohne zynischen Beigeschmack: Ein „Overshoot“ des Klimas wird in Kauf genommen als etwas anscheinend Temporäres und später technologisch Korrigierbares. „Übersehen“ werden dabei die irreversiblen Folgen für eine immer verletzlicher werdende Natur und für jene Menschen, die die Klimaschäden am wenigsten verursacht haben und sich am schlechtesten vor ihnen schützen können.

Selbst wenn dank verfügbarer EE eine vollständige Dekarbonisierung der wachsenden Weltwirtschaft gelänge, wäre damit der ökonomische Umgang mit unseren natürlichen Existenzgrundlagen noch keineswegs nachhaltig ökologisiert. Das Artensterben, der Verbrauch von fruchtbaren Böden und Süßwasser,⁶² die Versauerung der Ozeane, die

Entwaldung und damit eingeschränkte Aufnahme von CO₂, der gefährdete Phosphorkreislauf, die Umweltverschmutzung durch Mikroplastik wären keineswegs gestoppt. Im Gegenteil, saubere und billige Energie könnten manches Öko-Gewissen beschwichtigen und den Naturverbrauch noch beschleunigen.

Aber vielleicht wären all diese Risiken zu vermeiden und die oben genannten problematischen technologischen Wege umgebar durch stärkere Anreize für einen effizienteren und konsistenteren industriellen Umgang mit der Natur, etwa durch einen forcierten Übergang zur Kreislaufwirtschaft? Bei fortgesetztem globalen Wachstum hilft das nur bedingt. So ist die Recyclingquote insgesamt sehr gering, zudem erfordert Recycling zusätzliche Energie – und nicht alles ist recyclingfähig.⁶³ Das stetige Näherrücken des Erdüberlastungstags signalisiert, dass der Verbrauch natürlicher Ressourcen steigt. Die üblicherweise meist angenommenen zwei oder drei Prozent jährlichen Wachstums der Weltwirtschaft (maßgeblich bedingt durch die nachholende Modernisierung im Globalen Süden) bedeuten eine Verdopplung der Bruttowertschöpfung binnen 35 oder 23 Jahren. Auch wenn der Naturverbrauch pro BIP-Einheit sinkt, bedeutet das eine absolute Zunahme des materiellen Fußabdrucks. Dringend geboten ist aber dessen Reduktion.

Hoffnungen auf mehr Öko-Effizienz werden auch geknüpft an einen Struktur- und Wertewandel in den westlichen frühindustrialisierten Ländern, konkret an Wissensökonomie, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz (KI) sowie den damit einhergehenden sozialstrukturellen (etwa einen sinkenden Anteil der in der materiellen Produktion Beschäftigten zugunsten des Wachstums diverser Dienstleistungen) und kulturellen Wandel (Bedeutungszuwachs immaterieller Werte etc.).⁶⁴ „Übersehen“ werden dabei oft die in Schwellen- und Entwicklungsländer ausgelagerten Industrien und ihre importierten (Billig-)Produkte, der hohe Energieverbrauch von Digitalisierung und KI sowie der beachtliche ökologische Fußabdruck von Dienstleistungen (z. B. Ferntourismus) und hochdotierten Wissensarbeitern (z. B. durch Flugreisen).

Hinter der Hartnäckigkeit, mit der ökologische Probleme an ihren technologisch-ökonomischen „Lösungen“ haften, steht unter anderem ein als Jevons-Paradox oder Rebound-Effekt bekannter systemimmanenter Mechanismus. Stark vereinfacht: Die durch öko-technologische Innovationen ermöglichte rationellere Naturausbeutung erwirtschaftet ökonomische Gewinne. Diese werden reinvestiert zur Erweiterung der Produktion oder als „Preisnachlass“ an potenzielle Kunden weitergegeben, was die Nachfrage stärkt. Es wird zwar weniger Natur pro Produkt/Wertschöpfungseinheit vernutzt, aber der Gesamtumfang der Produktion wächst. Das Problem ist also wieder das Wachstum, seine systemischen

Antriebe und Zwänge. Dass sich der Kapitalismus „grün häutet“ – wie Beckert vermutet⁶⁵ – ist nur in begrenztem Sinne denkbar, etwa indem als „grün“ oder „öko“ deklarierte Technologien (EE, Kreislaufwirtschaft etc.) oder per CCS beziehungsweise EU-Taxonomie als „klimaneutral“ (um-)definierte Technologien und die entsprechenden Kapitalfraktionen dominieren. Solange das Problem der absoluten Entkopplung ungelöst ist, stellen grüne Technologien jedoch keinen ökologisch nachhaltigen, die planetaren Grenzen respektierenden Umgang mit der Natur sicher. Eine Dekarbonisierung der Energiewirtschaft und anderer Bereiche könnte gelingen. Aber ein Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen kapitalistischen Moderne scheint mir weniger realistisch als eine Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft.

Vielleicht sollten wir uns in Geduld üben und die Durststrecke der noch wachstumsbasierten Entwicklung durchstehen bis diese Phase von allein ausläuft, was sich bereits in den tendenziell sinkenden Wachstumsraten insbesondere der frühindustrialisierten Länder andeutet? Diese Idee klingt bei Deutschmann an.⁶⁶ Allerdings würde dies unter jetzt herrschenden Wachstumszwängen, -antrieben und -abhängigkeiten vermutlich in verschärften Konkurrenzen, noch intensiverer Ausbeutung von Natur und Menschen, chaotischen Krisen etc., also eher in einem „Degrowth by disaster“ münden. Auf diese „Bewährungsprobe“ sollte man die zivilisatorischen Errungenschaften der westlichen Moderne deshalb lieber nicht stellen. Die sogenannte „säkulare Stagnation“ könnte allerdings auch als Vorbote eines epochalen Übergangs in Richtung eines wachstumsunabhängigen Typs von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft gedeutet werden, auf die wir uns bewusst und langfristig vorbereiten sollten.⁶⁷

Also doch PW/D, zumindest aus Gründen der Vorsorge? Dem widerspricht Jens Beckert.⁶⁸ Aus seiner beeindruckenden Analyse der systemischen Ursachen der Klimakrise und der vielfältigen aktuellen Widerstände und Hindernisse, sie einzudämmen oder gar zu überwinden, folgert er: Im klimapolitisch entscheidenden absehbaren Zeitraum wäre es unrealistisch, den Wachstumsimperativ zurückzudrängen. Angemessener ist es, sich auf gangbare Wege und realistische Ansatzpunkte für Klimapolitik zu beschränken, partielle Lösungen zu akzeptieren, um Zeit zu gewinnen für Defossilisierung. Diese Schlussfolgerung scheint mir nicht zwingend. Mein Gegenvorschlag: Das hier und heute klimapolitisch Machbare und erste transformative Schritte in Richtung PW/D sollten nicht als politische Alternativen und einander zeitlich nachgeschaltet gedacht werden. Stattdessen sind sie als parallele und einander wechselseitig ergänzende Interventionen anzustreben. Gerade weil die Zeit drängt und eine solche Transformation vermutlich langwierig ist, könnten gemeinsame erste Schritte praktisch, symbolisch und diskursiv hilfreich sein. Direkte

sozialökologische Reduktionen, wie sie oben beispielhaft genannt wurden, könnten ein Einstieg sein in einen sozial gerecht verringerten Energiebedarf, der technische Dekarbonisierungsziele unterstützt und sie realistischer macht. Zugleich könnte dies symbolisch Vertrauen schaffen, sofern vorrangig elitär-luxuriöse Formen der Ressourcenverschwendung betroffen wären und so die soziale Orientierung der Transformation verdeutlichen.

Ein detaillierter Vergleich zwischen klimapolitischen Vorschlägen des PW/D-Spektrums⁶⁹ und jenen von Beckert⁷⁰ oder anderen wachstums- beziehungsweise kapitalismusskeptischen Protagonist*innen würde dann auch wesentliche Gemeinsamkeiten für Einstiegsprojekte aufzeigen: verstärkte Investitionen in eine öffentliche Fundamentalökonomie, die Infrastrukturen für öko-effizientere und egalitäre Formen der Befriedigung essenzieller Bedürfnisse bereitstellt; erweiterte demokratische Mitwirkung an klimapolitisch relevanten wirtschaftlichen Entscheidungen, unter anderem durch Bürgerräte; die gewerkschaftliche Kampagne für „Gute Arbeit“, die auch das Bedürfnis nach kompensatorischen Konsum verringern kann; faire Verteilung von klimapolitischen Transformationskosten, gerechte Übergänge in neue Jobs etc.; Delegitimation demonstrativen Statuskonsums; Unterstützung von Klimaschutz und -anpassung im Globalen Süden. Modellprojekte in nahezu allen Lebensbereichen (Erwerbsarbeit, Ernährung, Wohnen, Mobilität etc.) zeigen, dass die Lebensqualität großer Mehrheiten durch sozialökologische Konversionen und Reduktionen verbessert werden könnte – und zwar innerhalb planetarer Grenzen.⁷¹

Derzeit ist es schwierig, kritische Massen für derartige Ziele und Projekte zu mobilisieren. Aber im Gefolge von Öko- und anderen Krisen werden materielle Knappheiten zu einem noch virulenteren Problem, weshalb sich die damit verbundenen Konflikte wohl zuspitzen werden, wie auch Beckert vermutet.⁷² Das wird schwierige politische Abwägungen erfordern und Spannungen verstärken. Der Naturverbrauch bestimmter, jetzt noch selbstverständlicher Branchen oder Konsumtionsweisen gerät verstärkt unter Rechtfertigungsdruck. Demokratisch legitimierte Priorisierungen und Kontingentierungen, auch makroökonomische Planungen, beschränkte Marktregulationen und private Eigentumsrechte könnten – im Kontext einer stärkeren Politisierung des Ökonomischen – als Instrumente sozialökologischer Reduktionen akzeptabel und realisierbar werden.

4. Schlussbemerkungen

Wie gezeigt, mache ich in den diskutierten Debattenbeiträgen keine überzeugenden

Argumente für einen generellen Abschied von den Konzepten „Fortschritt“ und „Transformation“ aus, ebenso wenig von damit verbundenen emanzipatorischen Visionen. „Abschied von Fortschritt“ beschreibt in meiner Perspektive also eher die Abkehr von und Kritik an Zukunftsvorstellungen, die ohne gravierende intendierte und nichtintendierte Einschnitte auskommen. Das betrifft besonders die fixe Idee der unbegrenzten Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen. Wenn „Anpassung“ ein neues und zeitgemäßes gesellschaftliches Leitbild sein soll, wofür Philipp Staab plädiert, dann im Sinne einer Anpassung von Produktion und Konsum in den frühindustrialisierten Ländern an die planetaren Belastungsgrenzen per sozialökologisch reduktiver Transformationen. Diesbezüglich anstehende demokratisch gestaltete Begrenzungen im Globalen Norden gehen aber keineswegs per se zu Lasten sozialer Fortschritte. Im Gegenteil: Gerecht, vorausschauend, planmäßig gestaltet, können sie die Lebensqualität von Mehrheiten verbessern. Über die dargestellten Kontroversen hinweg, gelten die zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlich-kapitalistischen Moderne (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, soziale Grundrechte etc.) als erhaltenswert, aber bedroht. Gefährdet sind sie durch die Öko- und andere Krisen, durch wachsende Ungleichheiten, sozial-kulturelle Entfremdungen und Rechtspopulisten, die diese Tendenzen für ihre politischen Ziele nutzen. Bewahrt werden kann das Erhaltenswerte aber nur, indem es weiterentwickelt wird – und zwar in einer Weise, die dazu beitragen kann, Krisenursachen etwas entgegenzusetzen. Für die Demokratie könnte das einen Ausbau zur Wirtschaftsdemokratie bedeuten, speziell mit Blick auf anstehende sozialökologische Konversionen von Branchen; im Rechtsstaat könnten der Natur mehr einklagbare Rechte eingeräumt werden.

Bezogen auf sozialökologische „Transformation“ impliziert „Abschied“ für mich vor allem Kritik an vereinfachten Vorstellungen davon, wie real existierende Gesellschaften gezielt verändert werden können. Das betrifft optimistische Kurzschlüsse, zum Beispiel, dass die stärker spürbaren Folgen der Klimakrise entschlossene Gegenmaßnahmen beförderten oder dass breite Bevölkerungsgruppen schlicht durch rational aufklärende Argumentation oder spektakuläre Protestformen mobilisierbar seien. Gleichfalls von manchen unterschätzt wird die „konservative Macht“ von kulturell tief verankerten Normalitäten und Gewohnheiten. Zur kritischen Analyse solcher Erwartungen und den Ursachen ihres Scheiterns haben Jens Beckert und die anderen hier in anderen Hinsichten kritisierten Autoren wichtige Beiträge geliefert.

Die vorgestellten kritischen Positionen und Kontroversen zum Verständnis von „Fortschritt“, zu den realen Möglichkeiten weitreichender sozialökologischer

Transformationen und zur Tauglichkeit von PW/D als einem möglichen Ausweg aus der Öko-Krise reflektieren meines Erachtens gesellschaftliche Entwicklungen der letzten 15 Jahre sowie Verschiebungen in den damit verknüpften diskursiven „Kräfteverhältnissen“. Diese Zeit war und ist stark geprägt durch diverse Krisen. System- und (kapitalismus-)kritischen Konzepten, Strömungen, sozialen Bewegungen verschafft das zunächst Auftrieb, auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung.⁷³

Bei Autor*innen wie etwa Armin Nassehi schlägt sich diese Tendenz in doppelter Weise nieder: Krisen werden als systemische Schwächen beziehungsweise als deren „Visibilisierung“ stärker thematisiert. Systemkritische Alternativkonzepte, wie etwa PW/D, die in bestimmten theoretischen und Bewegungsmilieus schon seit den 2010er-Jahren diskutiert und entwickelt wurden, erhalten mehr Aufmerksamkeit als Gegenstand von Kritik und Polemik. Hinzu kommt ein weiteres Moment: In den letzten Jahren hat sich das Blatt aus bereits angedeuteten Gründen zuungunsten von ambitionierten sozialökologischen Reformen gewendet. Auch das könnte konzeptuelle Kritik an „Großer Transformation“, „Postwachstum“ etc. ermutigt und ihr mehr Aufmerksamkeit verschafft haben. Als Reaktion auf diese Situation werden in der PW/D-Szene Bedingungen sozialökologischer Transformationen eingehender untersucht – nicht zuletzt auch, um an ihrer Anschlussfähigkeit und Vermittelbarkeit zu arbeiten. Gefragt wird etwa, welche Bereiche wie vergesellschaftet werden könnten, wie eine makroökonomische demokratische Planung konkret aussehen könnte und welche Möglichkeiten für Übergänge zu PW/D es angesichts globaler Interdependenzen und geopolitischer Rivalitäten gibt.

Kontroversen um die Richtung des Wandels moderner Gesellschaften und die Fähigkeit, ihn transformativ zu gestalten, werden meines Erachtens langfristig den zeitdiagnostischen Diskurs prägen. Sie könnten beitragen zu einem Paradigmenwechsel, den Jason Hickel für gleichermaßen nötig und möglich hält. Er zieht Parallelen zwischen der heutigen wachstumszentrierten Weltsicht und den herrschenden Denkweisen vor der Kopernikanischen Wende: „Als die Astronomen endlich akzeptierten, dass die Erde und die anderen Planeten um die Sonne kreisten, wurden die Berechnungen auf einmal viel einfacher. Das Gleiche ist der Fall, wenn wir das Wachstum aus dem Zentrum der Wirtschaft herausnehmen. Auf einmal wird es viel einfacher, die ökologische Krise zu lösen.“⁷⁴

Endnoten

1. Jens Beckert, Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht, Berlin 2024; ebd. Zwischen Utopie und Resignation, Plädoyer für eine realistische Klimapolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5 (2024), S. 43–52.
2. Philipp Staab, Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft, Berlin 2022.
3. Andreas Reckwitz, Was heißt hier Fortschritt? In: ZEIT (2024), 24.
4. Reckwitz, Was heißt hier Fortschritt?; Staab, Anpassung.
5. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011.
6. Armin Nassehi, Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft, München 2021. Armin Nassehi, Kritik der großen Geste. Anders über die gesellschaftliche Transformation nachdenken, München 2024.
7. Beckert, Verkaufte Zukunft.
8. Christoph Deutschmann, Degrowth. Der Weg zur Bewältigung der Klimakrise?, in: Soziopolis. Gesellschaft beobachten, www.sozopolis.de/degrowth-der-weg-zur-bewaeltigung-der-klimakrise.html (4.8.2024)
9. Beckert, Verkaufte Zukunft.
10. Claus Leggewie, Technocracy revisited? Rezension zu „Anpassung – Leitmotiv der nächsten Gesellschaft von Philipp Staab, in: Soziopolis. Gesellschaft beobachten, Rezension, 25.10. 2022, <https://www.sozopolis.de/technocracy-revisited.html> (5.8.2024).
11. Staab, Anpassung..
12. Intergovernmental Panel on Climate Change, Summary for Policymakers, in: Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth

Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Geneva 2023, S. 1–34.

13. Beckert, Verkaufte Zukunft.

14. Ebd., S. 47.

15. Ebd. S. 50.

16. Ebd.

17. Ebd. S. 109.

18. Ebd.

19. Steffen Mau / Thomas Lux / Linus Westheuser, Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

20. Manuel Grebenjak, Vorwort: Die vielen Kipppunkte der Klimabewegung, in: Manuel Grebenjak (Hg.), Kipppunkte. Strategien im Ökosystem der Klimabewegung, Münster 2024, S. 7.

21. Manuel Grebenjak, Einleitung: Warum wir die Klimabewegung als Ökosystem verstehen sollten, in: Grebenjak (Hg.) 2024, S. 30.

22. Lucas Chancel, Global Carbon Inequality over 1990–2019, in: Nature Sustainability 5 (2022), S. 931–938.

23. Mau/Lux/Westheuser, Triggerpunkte.

24. Nassehi, Kritik der großen Geste.

25. Ebd., S. 71.

26. Beckert, Verkaufte Zukunft.

27. Beckert, Verkaufte Zukunft, ebd., Zwischen Utopie und Resignation, Deutschmann,

Degrowth, Nassehi, Unbehagen, ebd, Kritik der großen Geste.

28. Nassehi, Kritik der großen Geste, S. 107, 220
29. Ebd. S. 123.
30. U.a. Deutschmann, Degrowth.
31. Beckert, Verkaufte Zukunft, S. 179.
32. U.a. Beckert, Verkaufte Zukunft.
33. Deutschmann, Degrowth.
34. Ebd.
35. Beckert, Verkaufte Zukunft.
36. Ebd. S. 139.
37. Nassehi, Kritik der großen Geste.
38. Beckert, Verkaufte Zukunft, S. 177.
39. Beckert, Verkaufte Zukunft.
40. Nassehi, Unbehagen, S. 61.
41. Niko Paech, Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München 2012.
42. Z.B. Federico Demaria u.a., What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement, in: Environmental Values, 22(2013), 2, S. 191–215; Matthias Schmelzer / Andrea Vetter, Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg 2019; Giorgos Kallis, Degrowth, Newcastle upon Tyne 2018; Frank Adler, Wachstumskritik, Postwachstum, Degrowth. Wegweiser aus der (kapitalistischen) Zivilisationskrise, München 2022; Jason Hickel, Weniger ist mehr. Warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne

Wachstum glücklicher sind, München 2023.

43. Ich verwende diesen Terminus hier als zusammenfassenden Ausdruck für den stofflich-energetischen Durchsatz, die Belastung von Senken und anderen Ökosystemen und ihren „Dienstleistungen“ durch den anthropogenen Stoffwechsel mit der Natur.
44. Herman E. Daly, *Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development*, Boston 1996; Kate Raworth, *Die Donut-Ökonomie: Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört*, München 2017; Tim Jackson, *Prosperity without Growth: Economics for a Finite Planet*, London 2009.
45. Nick Fitzpatrick / Timothée Parrique / Inês Cosme, *Exploring degrowth policy proposals. A systematic mapping with thematic synthesis*, in: *Journal of Cleaner Production* 365 (2022), 132764; Jason Hickel u.a., *Degrowth can work — here's how science can help. Wealthy countries can create prosperity while using less materials and energy if they abandon economic growth as an objective*, in: *Nature* 612 (2022), S. 400–403; Frank Adler, *Was kann weg – für ein stabileres Klima? Sozialökologische Reduktion – Vorschlag für eine Transformationsstrategie*, in: *Pankower Vorträge* 241 (2023); Frank Adler / Ulrich Schachtschneider, *Sozial-ökologische Reduktion – unverzichtbar für linke Transformationsstrategien*, in: *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft*, 53 (2023), S. 319–329.
46. Andre Gorz, *Auswege aus dem Kapitalismus, Beiträge zur politischen Ökologie*, Zürich 2009.
47. Max Koch, *Deepening the degrowth planning debate. Division of labor, complexity, and the roles of markets and digital tools*, in: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 20 (2024), 1; Cedric Durand / Elena Hofferberth / Matthias Schmelzer, *Planning beyond growth. The case for economic democracy within ecological limits*, in: *Journal of Cleaner Production* 437 (2024).
48. Jason Hickel u.a., *Degrowth can work*.
49. Intergovernmental Panel on Climate Change, *Summary for Policymakers*.
50. Peter A. Victor, *Managing Without Growth. Slower by Design, Not Disaster*, Cheltenham 2008.

51. Ausführlich und grundsätzlich zur Entkopplungsproblematik vgl. u.a.: Beckert, Verkaufte Zukunft, Kap. 7 und 8; Jason Hickel / Giorgos Kallis, Is Green Growth Possible?, in: New Political Economy 25 (2019), 4., S. 1–18, Schmelzer / Vetter 2019, S. 78–81., Adler Wachstumskritik, Postwachstum, Degrowth, Kap. 1.5, Hickel, Weniger ist mehr, Kap. 3.
52. Ulrike Herrmann, Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden, Köln 2022.
53. Ulrich Brand / Markus Wissen, Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München 2024.
54. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (Hg.), Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2023, Berlin 2024.
55. Thomas Haas u.a., Editorial: Widersprüche »grüner« industrieller Transformation, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 216 (2024), S. 360–367.
56. Klaus Meier, Welche Zukunft haben die energieintensiven Industrien?, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 216 (2024), S. 493–504.
57. Beckert, Verkaufte Zukunft, S. 164; Hickel, Weniger ist mehr, S. 150.
58. Google: Rechenzentren mit Atomstrom betreiben, ZDF, <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/unternehmen/google-atomstrom-rechenzentren-100.html> (15.10.2024).
59. Vgl. Patricia Görg, Ausweichquartiere. Wohnen unter Wasser und im Weltraum, DLF, <https://www.deutschlandfunk.de/wohnen-unter-wasser-und-im-weltraum-100.html> (20.10.2024).
60. Vgl. z.B. Eva von Redecker, Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen, Frankfurt am Main 2020; Jeremy Rifkin, Das Zeitalter der Resilienz. Leben neu denken auf einer wilden Erde, Frankfurt am Main 2022.
61. Görg, Ausweichquartiere.

62. WBGU, Hauptgutachten. Wasser in einer aufgeheizten Welt, Berlin 2024.
63. Hickel, Weniger ist mehr, S. 183 f.
64. Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2023.
65. Beckert, Verkaufte Zukunft.
66. Deutschmann, Degrowth.
67. Adler Wachstumskritik, Postwachstum, Degrowth, S. 78 f.
68. Beckert, Verkaufte Zukunft.
69. Vgl. z. B. Nick Fitzpatrick / Timothée Parrique b/ Inês Cosme, , Exploring degrowth policy proposals: A systematic mapping with thematic synthesis, in: Journal of Cleaner Production 365 (2022); Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hg.), Bausteine für Klimagerechtigkeit. 8 Maßnahmen für eine solidarische Zukunft, München 2023, Kai Kuhnhenh u.a., Future for All. A vision for 2048. Just. Ecological. Achievable, Leipzig 2024; Adler, Was kann weg – für ein stabileres Klima?.
70. Beckert, Verkaufte Zukunft.
71. Vgl. u.a. Konzeptwerk, Bausteine für Klimagerechtigkeit; Julia Steinberger u. a., Democratizing provisioning systems: a prerequisite for living well within limits, Sustainability, in: Science, Practice and Policy, 20 (2024), 1.
72. Beckert, Verkaufte Zukunft.
73. Ich denke dabei u.a. an die Ausstrahlung des Jenaer DFG-Kollegs „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Zur (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“, 2011–2019, siehe Klaus Dörre u.a., Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Wiesbaden 2019.
74. Hickel, Weniger ist mehr, S. 233. Für die engagierte redaktionelle Betreuung des Beitrags bedanke ich mich bei Hannah Schmidt-Ott

Frank Adler

Frank Adler ist habilitierter Soziologe. Er forscht und publiziert zu sozialökologischer Transformation, speziell zu Wachstumskritik, Postwachstum/Degrowth sowie zum sozialwissenschaftlichen zeitdiagnostischen Diskurs. Buch-Veröffentlichungen zur Thematik des Beitrags: Frank Adler, Ulrich Schachtschneider, Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München 2010, oekom; Frank Adler, Ulrich Schachtschneider (Hg.), Postwachstumspolitiken. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft, München 2017, oekom. Frank Adler, Wachstumskritik, Postwachstum, Degrowth. Wegweiser aus der (kapitalistischen) Zivilisationskrise, München 2022 oekom.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Hannah Schmidt-Ott.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/abschied-von-fortschritt-und-transformation.html>